

Aktuell

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **83 (2008)**

Heft 9

PDF erstellt am: **11.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

GEMEINNÜTZIGE BAUGENOSSENSCHAFT LIMMATTAL (GBL)

Anspruchsvoller Wettbewerb



Die GBL plant den Ersatz ihrer ersten drei Bauetappen. Die Neubauten bilden einen grosszügigen Hof.

Die Gemeinnützige Baugenossenschaft Limmattal (GBL) in Zürich möchte ihre ersten drei Bauetappen durch Neubauten ersetzen. Die Häuser, die grösstenteils aus den 1930er-Jahren stammen, liegen zwischen Letzigraben, Fellenbergstrasse und Sackzelg in Zürich Albisrieden. Im Auftrag der Genossenschaft führte das Amt für Hochbauten einen Projektwettbewerb auf Einladung durch, dessen Ergebnis nun bekanntgegeben wurde. Laut Jury war die Wettbewerbsaufgabe überaus anspruchsvoll. Die grossen Herausforderungen lagen nicht nur im

Städtebau, es mussten auch eine bestehende Tiefgarage integriert und der Lärmschutz gelöst werden. Zudem waren die Vorgaben von Minergie-P einzuhalten.

Wegen der grossen Komplexität gelang es denn auch keinem Team, im Rahmen des ordentlichen Wettbewerbs sämtliche Anforderungen zu erfüllen. Das Preisgericht entschied sich deshalb für eine anonyme Überarbeitung des erst- und des zweitplatzierten Projekts. Daraus ist die Eingabe von Chebbi Thomet Architektinnen GmbH aus Zürich siegreich hervorgegangen. Die Jury über-

zeugte insbesondere das breite Wohnungsangebot sowie die gut strukturierten und spannenden Grundrisse. Ausserdem würden die neuen Baukörper gut ins Quartier integriert. Die Gestaltung des Aussenraums stelle eine Bereicherung für das Umfeld dar. Zwei Gebäude am Langhagweg werden nämlich weggelassen, womit Raum frei wird für einen neuen Quartiergrünraum. Entstehen sollen gut hundert Wohnungen, die grösstenteils dreieinhalb und viereinhalb Zimmer bieten werden. Die Baukosten betragen rund 33 Millionen Franken.

ZÜRICHSEEGEMEINDEN

Familienwohnungen statt Reichenghettos

Die begüterten Gemeinden am Zürichsee setzen immer öfter auf die Zusammenarbeit mit Baugenossenschaften. Das grösste Projekt wird in Küsnacht am rechten Seeufer entstehen. Dort hat der Gemeinderat vor einiger Zeit beschlossen, gemeindeeigenes Land für den Wohnungsbau abzugeben. Damit will man verhindern, dass junge Küsnachterinnen und Küsnachter wegen der hohen Wohnungspreise in günstigere Gemeinden abwandern müssen. Denn an der teuren Goldküste wird zahlbarer Wohnraum

immer öfter abgebrochen und als teure Eigentumswohnungen wieder auf den Markt gebracht. Im Gebiet Hüttengraben bietet sich die Chance, rund siebzig Familienwohnungen zu erstellen. Dieses Vorhaben schrieb die Gemeinde unter den Baugenossenschaften im Raum Zürich aus. Aus zwölf Bewerbungen hat sie sich für die Baugenossenschaft Zurlinden (BGZ) entschieden. Die BGZ will nicht nur bezahlbare Wohnungen schaffen, sondern strebt darüber hinaus ein herausragendes architek-

tonisches Konzept und eine nachhaltige Bauweise an. Anfang 2009 soll ein Architekturwettbewerb durchgeführt werden.

Auch die Gemeinde Kilchberg will günstigen Wohnraum für Junge und Alte fördern und damit der Entwicklung entgegenwirken, dass wegen der stetig wachsenden Land- und Immobilienpreise immer mehr Luxuswohnungen entstehen. Auf einer ihrer letzten grösseren Landreserven im Gebiet Bänklen plant die Gemeinde vierzig bis fünfzig preisgünstige Wohnungen. Noch

WG HEGENHEIMERSTRASSE, BASEL

Erster Neubau in Basel seit 15 Jahren

Seit 1993 haben die Wohngenossenschaften in der Stadt Basel keine Neubauten mehr erstellt. Das liegt zum einen daran, dass es kaum Bauland gibt. Andererseits besitzen die Genossenschaften am Rheinknie mit durchschnittlich 85 Wohnungen kaum die Strukturen, um solche Projekte abzuwickeln. Dass es auch anders geht, beweist nun die Wohngenossenschaft Hegenheimerstrasse, die heute 86 Einheiten besitzt. Ihre Mitglieder haben an der diesjährigen GV einem Planungskredit und dem Abschluss eines Baurechtsvertrags mit dem Kanton zugestimmt. Der Genossenschaft bietet sich nämlich die Gelegenheit, ein ruhig gelegenes Areal im Hinterhof, das direkt an ihre Häuser anschliesst, zu überbauen. Dort befindet sich ein Werkhof des Baudepartements, der aufgehoben wird.

Auf dem zweitausend Quadratmeter umfassenden Areal können rund zwanzig Wohnungen erstellt werden, die zwei, drei und vier Zimmer bieten sollen. Die Kosten wer-

den auf rund 6,5 Millionen Franken geschätzt. Bei den künftigen Bewohnerinnen und Bewohnern strebt die Genossenschaft einen Mix der Generationen an. Sie sollen auch über einen Gemeinschaftsraum verfügen. Dem heutigen Projektstand gehen rund vierjährige intensive Vorarbeiten voraus. So erarbeitete der Vorstand unter anderem zusammen mit der Förderstelle eine Machbarkeitsstudie, um den Mitgliedern aufzuzeigen, dass an diesem Standort ein Projekt realisiert werden kann. Derzeit läuft nun eine Projektkonkurrenz, die im Spätherbst entschieden wird. Das beste Projekt wird man danach den Genossenschaftlerinnen und Genossenschaftlern zur Beschlussfassung vorlegen.

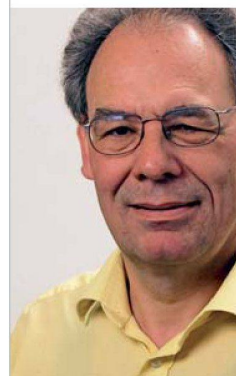
Auf dem Areal – hier anlässlich der Begehung mit den Architekten – befindet sich heute ein Werkhof des kantonalen Baudepartements. Es grenzt direkt an die bestehenden Bauten der Wohngenossenschaft Hegenheimerstrasse.



steht das Projekt am Anfang der Planung. Als nächster Schritt soll ein Gestaltungsplan ausgearbeitet werden, um ihn im Verlauf des nächsten Jahres der Gemeindeversammlung vorlegen zu können. Gesucht wird auch ein Bauträger, wobei auch eine Baugenossenschaft in Frage käme.

Auch in Horgen sollen wieder Genossenschaftswohnungen gebaut werden. An einer Gemeindeversammlung sprachen sich die Bürgerinnen und Bürger allerdings nur knapp für die Erteilung eines Baurechts an

die Genossenschaft Bahoge aus, die vierzig Wohnungen erstellen möchte. Vor allem die Anwohner des fraglichen Grundstücks hatten stark mobilisiert und sich für den Erhalt der Wiese gewehrt. Die Vorlage muss deshalb noch die Urnenabstimmung bestehen.



GASTKOLUMNE

Jörg Vitelli ist Präsident der SVW-Sektion Nordwestschweiz, Basel.

Bauen für unsere Kinder

Unsere Grossväter und Väter haben mit dem genossenschaftlichen Wohnungsbau in der Vor- und Nachkriegszeit den Grundstein für den heutigen preisgünstigen Wohnungsbestand von zehn Prozent des gesamten Basler Wohnungsangebotes gelegt. Selbstkritisch müssen wir feststellen, dass in den letzten zwanzig Jahren in der Region Basel sehr wenige neue Genossenschaftswohnungen gebaut wurden. Es wird somit eine Lücke entstehen, da Genossenschaftswohnungen erst für die nächste Generation preisgünstig sind.

Der neu gewählte Vorstand der Sektion Nordwestschweiz erachtet es als Generationenverpflichtung, neue Genossenschaftswohnungen für unsere Kinder und Enkel zu bauen. In der Stadt Basel bestehen noch einige Reserven von staatlichem Boden. Hier besteht die Chance, zeitgemässe Wohnungen im Baurecht zu erstellen. Gespräche mit der Regierung sind im Gange.

Der Wohnungsmarkt befindet sich im Wandel. War früher eine Dreizimmerwohnung für eine vierköpfige Familie der Standard, so interessieren sich heute Singles, Konkubinatspaare oder Alleinerziehende für diese Wohnungen. Wohngenossenschaften müssen wie andere Anbieter marktgerecht bauen. Für Familien braucht es Vier- und Fünfzimmerwohnungen. Bei Neubauten ist ein gesunder Mix anzustreben, damit Rochademöglichkeiten bestehen, wenn die Kinder «ausgeflogen» sind.

Das Bauen wird in den nächsten Jahren nicht billiger. Der Druck, energiesparend zu bauen, ist die neue Herausforderung. Dies bringt Vorteile bei den Nebenkosten, die im Moment von den Mieterinnen und Mietern noch nicht gesehen werden, denn bei der Wohnungssuche wird nur die Kaltmiete betrachtet. Hier könnten die Wohngenossenschaften aufklärend wirken. Private Immobilienbesitzer interessieren die Nebenkosten wenig, da diese von der Mieterschaft bezahlt werden.

GBSG LÄGERN, WETTINGEN

«Ja, aber»
zu Ersatzneubauten

Die Gemeinnützige Bau- und Siedlungsgenossenschaft Lägerm möchte ihre älteste Siedlung Allmendstrasse in Baden durch Neubauten ersetzen. Die 30 Wohnungen mit Baujahr 1948 entsprechen nicht mehr heutigen Bedürfnissen. Mit einer Sanierung lässt sich das Problem der kleinen Wohnungsgrundrisse nicht lösen; bei Wohnungszusammenlegungen würden höhere Mietzinse resultieren als bei einem Neubau. Zu diesen Schlüssen war der Vorstand der GBSG Lägerm nach eingehenden Untersuchungen gelangt, für die verschiedene Fachleute beigezogen worden waren. Das vom Architekturbüro Fugazza Steinmann & Partner erarbeitete Neubauprojekt sieht vier neue Bauten mit grosszügigen Garten- und Attikawohnungen vor, die der ausgezeichneten Lage gerecht werden. Die Mietzinse der neuen Wohnungen sollen dennoch erschwinglich sein.

Den heutigen Mietern in der Allmend will die Genossenschaft Ersatzwohnungen und weitere Unterstützung anbieten. Aus deren Kreis hatte sich Widerstand gegen das Projekt formiert, dem der Vorstand mit einer offenen Kommunikation und intensiven Diskussionen begegnete. An der Generalversammlung vom 4. April legte er das Projekt und den dafür notwendigen Kredit von 15 Millionen Franken nun den Mitgliedern



Allmendstrasse Baden: Gute Lage, attraktives Projekt – doch die Genossenschaftsmitglieder wollen mit dem Neubau noch zuwarten.

vor. Die Genossenschaftler genehmigten es zwar mit grossem Mehr, stimmten aber gleichzeitig einem Antrag der IG Allmend zu, den Projektbeginn um drei Jahre zu verschieben. Damit bleibe der Mieterschaft mehr Zeit zur Planung; zudem könne der Baubeginn mit der Fertigstellung eines Altersheims koordiniert werden. Der GBSG-Vorstand ist mit diesem Verdikt zwar nicht ganz glücklich. Er zeigt sich jedoch befriedigt, dass man damit ein versöhnliches Ende der oft hart geführten Auseinandersetzungen gefunden habe.

STADT ZÜRICH

Grösste Wohnungsproduktion seit vierzig Jahren

2247 Wohnungen sind in der Stadt Zürich im Jahr 2007 gebaut worden. So gross war die Wohnungsproduktion seit 1969 nicht mehr. Der Tiefpunkt war 1997 erreicht, als nur mehr 404 Wohnungen entstanden. Im Jahr 2000 waren es bereits wieder 1465. Seit damals hat die Produktion nochmals um gut fünfzig Prozent zugelegt. 53 Prozent der

Neubauwohnungen verfügen über vier oder mehr Zimmer. Im Durchschnitt besitzt eine im Jahr 2007 fertiggestellte Viereinhalbzimmerwohnung 115 Quadratmeter.

Die Projekte konzentrierten sich im Jahr 2007 in Affoltern. Mehr als die Hälfte des städtischen Wohnungszuwachses entfällt auf dieses Quartier. Affoltern hat dadurch innert einem Jahr gut zehn Prozent Bevölkerung gewonnen. Diese Entwicklung ist nicht abgeschlossen: Im Wachstumsgebiet Ruggächer und entlang der Wehntalerstrasse werden noch mehrere hundert Wohnungen hinzukommen.



Affoltern erlebte 2007 einen Neubauboom. Im Bild das CeCe-Areal, wo Investor Leopold Bachmann über 500 Wohnungen erstellte.

WOHNBAUFÖRDERUNG

Bundeshilfe nur noch für energieeffiziente Bauten

Am 27. Februar 2007 hat der Bundesrat beschlossen, die Gewährung von Bundeshilfe im Rahmen des Wohnraumförderungsgesetzes (WFG) an Kriterien des ökologischen und energieeffizienten Bauens zu binden. Ab kommendem Jahr kann ein Fonds-de-Roulement-Darlehen nur noch zugesichert werden, wenn Neubauten mindestens den Minergiestandard erfüllen oder den Wärmeenergieverbrauch gemäss den revidierten Mustervorschriften der kantonalen Energiedirektoren (MuKEN) nicht überschreiten (vgl. Beitrag Seite 34). Der in den MuKEN festgelegte Energieverbrauch erreicht praktisch denjenigen von Objekten mit Minergie-Standard, verzichtet jedoch auf die kontrollierte Wohnraumlüftung.

Mit höheren Darlehen pro Wohnung (45 000 Franken) werden neu Projekte unterstützt, die den Standard Minergie-P oder -Eco erreichen. Die Erhöhung gegenüber den bisher ausgerichteten 30 000 Franken deckt einen Grossteil der Kostendifferenz zu den beiden weitergehenden Standards. Als weiterer Anreiz für hohe Energiestandards wird ein tieferer Zinssatz geprüft: So könnte dieser zum Beispiel für Minergie-P und -Eco nicht 1,5, sondern zwei Prozent unter dem Referenzzinssatz liegen.

Bei Teilerneuerungen der Gebäudehülle müssen die Einzelmassnahmen von Minergie zertifiziert sein. Umfassende Sanierungen, die mindestens den Minergie-Standard oder die Anforderungen der revidierten MuKEN erfüllen, werden ebenfalls mit erhöhten Darlehen unterstützt. Solche Erneuerungsvorhaben werden in vielen Kantonen auch im Rahmen des Programms «energieschweiz» gefördert oder erfüllen die Voraussetzungen für eine Unterstützung durch die Stiftung Klimarappen. Reine Sanierungen des Gebäudeinnern werden dagegen nur noch unterstützt, wenn die Gebäudehülle eine gute Wärmedämmung aufweist. Neue Haushaltgeräte sollen mit Energietiketten der Klasse A oder besser ausgezeichnet sein.

Die erwähnten Förderungsbedingungen gelten ab 2009 nicht nur für Darlehen aus dem Fonds de Roulement, sondern auch für alle übrigen mit Bundeshilfe geförderten Bauvorhaben. Damit bestehen günstige Voraussetzungen, dass der gemeinnützige Wohnungsbau weiterhin seine Pionierrolle im innovativen Wohnungsbau wahrnimmt und zur Reduktion des Energieverbrauchs und zu einer nachhaltigen Nutzung unserer Ressourcen aktiv beiträgt.

Felix Walder,
Ressortleiter Bundesamt für Wohnungswesen (BWO)

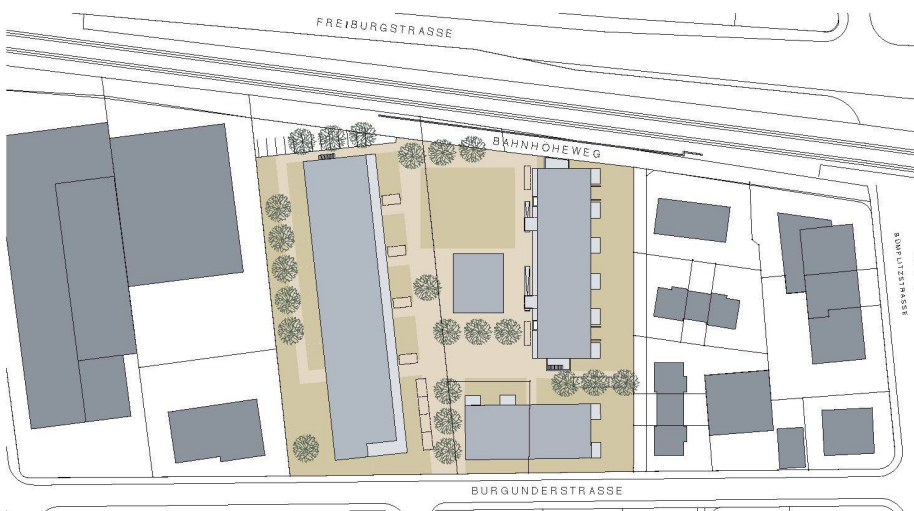
PROJEKT BURGUNDER, BERN

Grünes Licht für autofreie Siedlung

Endlich ist es soweit: Auch in der Schweiz entsteht eine autofreie Wohnsiedlung. Gemäss den Initianten des Wohnbauprojektes «Burgunder» werden in Bern Bümpliz-Süd etappenweise 80 Wohnungen nach den Grundsätzen der Nachhaltigkeit gebaut. Für die beteiligten gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften «npg AG für nachhaltiges Bauen» und «wok Burgunder AG» bedeutet nachhaltiges Bauen den Schutz der Ressourcen beim Bau und beim Betrieb der Wohngebäude. Die Grundsätze des Minergie-P-Labels und der 2000-Watt-Gesellschaft sind dafür die Richtschnur.

Wesentlicher Bestandteil des Konzepts ist der Verzicht der Mieterschaft auf das private Auto. Dies bedeutet für die künftigen Bewohnerinnen und Bewohner der Siedlung «Burgunder» indessen nicht weniger Lebensqualität. Zu Fuss und mit dem Velo können die wichtigsten Lebensbedürfnisse im Ort erfüllt werden. Zudem ist Bümpliz mit der S-Bahn und künftig zwei Ortsbuslinien gut erschlossen. Mitbestimmung und Selbstverwaltung sind weitere Grundsätze. So können interessierte Mieterinnen und Mieter innerhalb einer Bandbreite beim Innenausbau mitreden und ihre Wohnqualität durch Eigeninitiative steigern. Zudem sollen ihnen Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten in ihrem direkten Wohnumfeld angeboten werden.

Um dieses zukunftsweisende Projekt zu verwirklichen, konnte die npg von der Stadt Bern mehrere Parzellen an der Burgunderstrasse im Baurecht erwerben. Dort werden in zwei Etappen zunächst vierzig Wohnungen erstellt, die ab Anfang 2010 bezogen werden können. Die Planung übernahm das Architekturbüro BSR Bürgi Schärer Raaf-laub Architekten aus Bern. Die Initianten gehen von Baukosten von rund 3070 Franken pro Quadratmeter Hauptnutzfläche (BKP 1-4) sowie von Mietzinsen von 2000 Franken netto für eine Viereinhalbzimmerwohnung aus. Die Aktiengesellschaft npg AG für nachhaltiges Bauen hat sich auch für neue Aktionäre geöffnet (www.npg-ag.ch). Informationen zum Bauprojekt sind unter www.gruener-wohnen.ch zu finden.



Die erste autofreie Siedlung der Schweiz befindet sich nur 200 Meter vom S-Bahnhof Bümpliz Süd entfernt. Die ersten Wohnungen werden schon 2010 bezugsbereit.

Anzeigen

www.schaub-maler.ch

Maler-Service

Unsere Kundenmaler zeichnen sich durch Selbständigkeit, Flexibilität und Kundenfreundlichkeit aus.

Schaub Maler AG
 Hofackerstrasse 33, 8032 Zürich
 Tel. 044 381 33 33, Fax 044 381 33 34
info@schaub-maler.ch

Damit es läuft: 044 301 44 44

ELEKTRO COMPAGNONI

GRECHNER WOHTAGE 2008

Wohnen in Altstädten
und Ortszentren

Die Stadt Grenchen, wo im November wiederum die Wohntage stattfinden, ist mit dem diesjährigen Wakkerpreis geehrt worden.

Die Grenchner Wohntage 2008 stehen ganz im Zeichen der Ortskerne und Stadtzentren. Diese sind momentan einem einschneidenden Strukturwandel unterworfen. An drei Anlässen werden die Ursachen und Ausprägungen der Entwicklung analysiert und Lösungsansätze aufgezeigt, die im Bezug zu Wohnnutzungen stehen. «Wohnen rückt ins Zentrum – Chance für Altstädte und Ortskerne?» lautet der Titel der ganztägigen Fachtagung vom 6. November (Parktheater, 9.30 Uhr).

Dabei geht es um das Phänomen des Rückzugs des Detailhandels aus den Zentren. Städte kämpfen für lebenswerte Kernzonen, sind aber machtlos, diese Entwicklung aufzuhalten. In dieser Situation kann das Wohnen einen wesentlichen Beitrag leisten. Die Tagung richtet sich an Fachleute und Entscheidungsträger aus dem Bereich der Stadtplanung, Architektur,

des Liegenschaftsmarktes und der Politik. Anhand von konkreten Werkzeugen und Fallbeispielen wird gezeigt, wie man in den Prozess der Erneuerung einsteigen und zu einer gemeinsamen Entwicklung kommen kann.

Weiter findet am 4. November ein öffentliches Hearing «Shopping Center – die neuen Stadtmitten?» statt (Kunsthhaus, 18 Uhr). Eine weitere Veranstaltung betrifft ein aktuelles Ereignis: Der Schweizer Heimatschutz hat den diesjährigen Wakkerpreis der Stadt Grenchen verliehen. «Der Wakkerpreis, ein Seismograf für den sich wandelnden Umgang mit der Baukultur» ist der Titel des Referats von Philipp Maurer, Geschäftsführer Schweizer Heimatschutz, vom 11. November 2008 (Kunsthhaus, 19 Uhr).

Weitere Informationen zu den Grenchner Wohntagen unter www.grenchnerwohntage.ch

Foto: Christoph Widler

FAMILIENHEIM-
GENOSSENSCHAFT ZÜRICH (FGZ)Ja zu Grossreparatur
des Manessehofs

Die Siedlung Manessehof in Zürich Wiedikon bildet einen Satelliten im Gebäudebestand der Familienheim-Genossenschaft Zürich (FGZ), erstreckt sich dieser doch sonst ausschliesslich auf das Quartier Frie-

senberg. Nicht nur deshalb kommt der 1984 erstellten Überbauung, zu der neben 50 Wohnungen auch ein Café sowie verschiedene Laden- und Bürolokale gehören, eine besondere Stellung zu. Die geschlossene Randbebauung in der Ecke Üetliberg-/Hopfenstrasse setzt der belasteten Strassenfassade mit ihrer etwas zurückversetzten Laubengangarchitektur einen grosszügigen, ruhigen Innenhof gegenüber. Die Siedlung des bekannten Büros Arcoop (Ueli Marbach und Arthur Rüegg) wurde im Jahr 1985 denn

auch mit der Auszeichnung für gute Bauten der Stadt Zürich geehrt.

Doch auch an ihr hat mittlerweile der Zahn der Zeit genagt: Korrosions- und Dachschäden und steigende Unterhaltskosten führen nun schon vor der eigentlich für 2014 geplanten Totalsanierung zu Handlungsbedarf. Die Genossenschaft entschloss sich deshalb bereits für das Jahr 2009 zu einer umfassenden Aussensanierung: So sollen die Fassade ausgebessert, strassenseitig neue Fenster eingesetzt, das Flachdach abgedichtet und besser isoliert, die Balkone und Laubengänge mit neuen Geländern gesichert sowie das Zinnendach begehbar gemacht werden. Die Innensanierung will die FGZ wie vorgesehen erst 2014 vornehmen. Da es sich bei der Aussensanierung um rein baulich bedingte Reparaturarbeiten ohne Mehrwert für die Bewohner handelt, plant die Genossenschaft keinen Mietzinsaufschlag. Das rund drei Millionen Franken teure Bauvorhaben soll deshalb vollumfänglich aus dem Erneuerungsfonds finanziert werden.

Gleichzeitig möchte die FGZ während der Sanierungsarbeiten keine Mietzinsermächtigungen gewähren, weil sich dies letztlich auf die Bauabrechnung niederschlagen und so die Mieten längerfristig erhöhen würde. Um entsprechende Ansprüche von Mieterseite zu verhindern, will die Genossenschaft deshalb künftig bei Sanierungen an der Generalversammlung nicht nur den Projektkredit genehmigen, sondern auch Mietzinsherabsetzungen ausschliessen lassen. Die Genossenschaftsmitglieder stimmten diesem Vorgehen an der Generalversammlung vom 23. Juni zu.



Die Überbauung Manessehof setzt mit ihrer markanten Architektur einen Akzent an der Ecke Üetliberg-/Hopfenstrasse.

Foto: FGZ